

Startseite › Politik

# Wie können Friedensverhandlungen gelingen?

06.09.2024, 17:28 Uhr



Nach einem Waffenstillstand und einem EU-Beitritt könnte die Ukraine von Agrarsubventionen aus Brüssel profitieren, schreiben Klaus Moegling und Hajo Funke. © imago

*Der Rahmen muss stimmen, damit die Ergebnisse ernst genommen werden, fordern die Politikwissenschaftler Moegling und Funke.*

Der Angriff ukrainischer Truppen auf russisches Gebiet in Kursk ist ein überraschendes Manöver, dessen Kalkül weitgehend unklar bleibt, das ohne Abstimmung mit den amerikanischen Unterstützern erfolgt ist, sich im schlimmsten Fall als Pyrrhussieg erweist, zu einer schnellen weiteren Eskalation treibt und zu weiteren verheerenden Opfern durch russische Angriffswellen wie jüngst in Poltawa führt. Offenkundig betreibt die

ukrainische Führung um Selenskyj nun ihr eigenes gefährliches Eskalations-„Spiel“ und setzt damit das ohnehin durch die Aufdeckung des Pipeline-Attentats erschütterte Vertrauen aufs Spiel.

Im besseren Fall bietet diese ukrainische Eskalation einen taktischen Anlass, angesichts der nun kaum noch kontrollierbaren Risiken schnellstens beide Seiten auf Verhandlungen zu verpflichten. Denn gleichzeitig gehen immer mehr Staaten gegenüber der ukrainischen Radikal-Taktik auf Distanz.

---

### **Autoren und Serie**

Die Autoren: Klaus Moegling ist Politikwissenschaftler und lehrte an der Universität Kassel. Hajo Funke ist Politikwissenschaftler und lehrte an der FU Berlin. Beide Autoren sind Erstunterzeichner des [Aufrufs zu Abrüstungsverhandlungen](#).

Die Serie: Welche Wege führen zum Frieden? Was müssen wir hinterfragen, was angesichts von Waffengewalt nicht opfern? Fachleute geben Antworten in der FR-Serie „Friedensfragen“.

---

Die Hinweise mehren sich, dass sich der Druck auf Verhandlungen erhöht: durch die US-Amerikaner, auch wegen der unklaren Wahlsituation; durch die russische Seite, weil sie durch China und aus den Brics-Staaten stärker unter Druck gesetzt wird. In der deutschen Bevölkerung sprechen sich mehr als zwei Drittel für Friedensverhandlungen aus, wie eine repräsentative Insa-Umfrage für „Emma“ ergab.

Sowohl für die russische Föderation als auch für die Ukraine lassen sich die positiven Chancen eines Verhandlungsfriedens ausmachen. Sie liegen vor allem darin, dass es nach dem ungeheuren Leid aufgrund des Angriffskriegs nicht zu weiteren Hunderttausenden Toten und Verletzten kommt.

Der Verhandlungsrahmen muss stimmen, damit die Ergebnisse ernst genommen werden. Es bietet sich daher die Einrichtung einer hochrangigen, ausgewogenen und wirkmächtigen Verhandlungskommission unter Leitung

des UN-Generalsekretärs mit Vertretern einflussreicher Brics-Staaten (besonders China mit seiner Friedensinitiative sowie Indien und Brasilien) sowie der USA, der EU und der OSZE an. Sie sollte direkte Verhandlungen mit den Regierungen der Ukraine und Russland mit dem Ziel führen, den Konflikt einzufrieren und einen Waffenstillstand auszuhandeln. Er wäre die Voraussetzung für Friedensverhandlungen, die sich an das Völkerrecht halten und keinen „schmutzigen Deal“ vornehmen.

Die Vorteile für die Russische Föderation und Belarus wären unter einer ökonomischen Perspektive offenkundig: Aufhebung der westlichen Sanktionen, verstärkte Wirtschaftsbeziehungen, Wiedereingliederung in westlich orientierte transnationale Wirtschaftsinstitutionen. Die Ukraine hätte den ökonomischen Vorteil einer internationalen Unterstützung beim Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft, des möglichen mittelfristigen Beitritts zur EU und dem damit verbundenen Sicherheitsversprechen sowie den Milliarden-Subventionen insbesondere für ihre Landwirtschaft.

Hiermit verbunden wären international abgestimmte Abrüstungsmaßnahmen, um über die hier entstehende Friedensdividende umfassende Ressourcen für sozialstaatliche und ökologische Maßnahmen frei werden zu lassen.

Die Autoren stellen sich die Frage, warum nicht endlich von einer Eskalationsstrategie zu einer Verhandlungsoffensive mit detaillierten Perspektiven für eine gegenseitige Win-win-Situation übergegangen wurde. Steckt dahinter geostrategisches Kalkül westlichen Dominanzstrebens oder immer noch die Annahme, dass die Russische Föderation erst verhandelt, wenn sie militärisch geschwächt ist? Im zweiten Fall würde vollkommen verdrängt, dass es sich bei der Russischen Föderation um eine Nuklearmacht mit globalem Vernichtungspotenzial handelt. Doch ein Nicht-Ernstnehmen beziehungsweise Verdrängen des nuklearen Destruktionspotenzials Russlands von Seiten der herrschenden Politik wäre im höchsten Maße verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung.